

Regionsbrief August 2015

- **Abfall**
- **Kita**
- **Kreissiedlung**



Dr. Dirk Härdrich

Abgeordneter der Regionsversammlung
Sprecher AG Jugend

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wie bereits mehrfach geschehen möchte ich Euch mit dem aktuellen Regionsbrief einige aus meiner Sicht wichtige Themen und Entscheidungen in der Region näherbringen. Natürlich stehe ich für Nachfragen gerne zur Verfügung.

Euer Dirk

Aug.-Wilh.-Blume-Str. 43
30890 Barsinghausen

Telefon 05105 63748
Fax 05105 63748

dirk.haerdrich@spd-fraktion.region-hannover.de

www.dirkhaerdrich.de

Neues aus der Abfallentsorgung

Die DSD-Entsorgung wird für die kommenden drei Jahre nicht mehr von AHA durchgeführt. Nach einem fragwürdigen Vergabeverfahren, das offenbar bewusst vom Gelben Punkt gegen AHA entschieden wurde, wird diese Wertstoffentsorgung künftig von dem privaten Unternehmen Remondis durchgeführt. Abgesehen davon, dass dies zum Verlust von tarifgebundenen Arbeitsplätzen bei AHA führt, verliert unser kommunaler Entsorger damit eine wichtige Einnahmequelle. Die Kommunen sind in der Pflicht, die allgemeine Abfallentsorgung zu organisieren. Diese ist aber grundsätzlich defizitär. Daher ist es sinnvoll, dass auch kommunale Entsorger z.B. in der Wertstoff- und der Papierentsorgung Gewinne erzielen und damit das öffentliche Defizit verringern. Der jetzige Weg führt dazu, dass die Privaten sich die „Rosinen“ herauspicken, die Bereiche also, bei denen Gewinne erzielt werden können und die kommunalen Entsorger auf den Verlusten „sitzenbleiben“. Das ist der alte Weg der Privatisierung der Gewinne und der Sozialisierung der Verluste.

In der vorletzten Woche fand in der Region auch die Anhörung zur Abfallentsorgung der Region statt. Ich hatte bereits in meinem letzten Regionsbrief darauf hingewiesen, dass ich Zweifel an diesem Weg habe. In der Anhörung wurde leider deutlich, dass die Standpunkte der verschiedenen Experten unüberbrückbar weit auseinanderliegen. Teilweise wurden sogar die bestehenden Rechtslagen (bewusst?) ignoriert. Es stellte sich aber auch heraus, dass die rechtlich und betriebswirtschaftlich einfachste Lösung der Verzicht auf die Sackabfuhr und die Einführung einer einheitlichen Tonnenabfuhr in der gesamten Region wäre. Das gemischte System, was wir derzeit (auch auf Betreiben eines Teils der Bevölkerung im Umland) haben, verursacht einen Teil der diskutierten Probleme wie die Kostenberechnung, die Mindestabfuhrmenge und auch die Vergabe der Müllsäcke über Gutscheine. Was aber vor allem deutlich wurde: keine Fachdiskussion ersetzt eine politische Entscheidung und Abwägung. Ob wir ein Müllentsorgung auf der Basis eines Solidarsystems haben, oder jeder auf Kosten Schwächerer (vor allem Familien) sieht, wo er bleibt, das ist eine politische Entscheidung, ebenso wie die Frage, ob wir weiterhin über die Gebühren kostenlose Sperrmüllabfuhr oder Wertstoffhöfe haben wollen. Daher werden wir mit diesem Verfahren keine Klärung an dieser „Front“ bekommen.

Kita

Der Vorschlag des Bürgermeisters, die Kitas der Stadt Barsinghausen an die Region „zurückzugeben“, ist nach wie vor unsinnig. Natürlich ist es kein Argument, dass die Aufgabe der Kitaversorgung schon immer auf der Ebene der Gemeinden wahrgenommen wurde. Das aber war auch nicht der Grund. Die Aufgabe wurde und wird hier wahrgenommen, weil die Ortsnähe am ehesten die Gewähr dafür bietet, eine bedarfsgerechte und bürgernahe Versorgung zu gewährleisten. Und völlig abwegig ist die Idee, durch die „Rückgabe“ an die Region ließe sich Geld sparen. Natürlich würde die Region (und alle anderen 20 Kommunen auch) darauf bestehen, dass dann die Regionsumlage zu Lasten Barsinghausens geändert wird. Ich habe mehrere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister genauso wie andere Regionsabgeordnete (auch der CDU und der Grünen) gesprochen, niemand versteht den Kurs der Stadt Barsinghausen. Ein einseitiger Ausstieg der Stadt aus einem gemeinsam vereinbarten und seit vielen Jahrzehnten entwickelten Solidarsystem ist nicht zielführend. Es macht sicherlich Sinn, angesichts der massiv gestiegenen Anforderungen an die Kitas gemeinsam mit der Region und allen anderen Regionskommunen über eine Neuordnung der Lastenverteilung zu sprechen. Das aber geht nur solidarisch und nicht mit einem halsbrecherischen Konfrontationskurs. In der Regel versucht man dann auch, sich Verbündete zu suchen.

Dabei wird auch gerne vergessen oder unterschlagen, dass die Region und die anderen Kommunen Barsinghausen (sowie Seelze und Uetze) durch eine „Spreizung“ der Regionsumlage entgegengekommen sind. Barsinghausen zahlt seit 2013 weniger Umlage, als früher, weil es finanziell schlecht dasteht. Das ist ein Ergebnis interkommunaler Solidarität. Diese setzen der Bürgermeister und ein Teil des Rates aufs Spiel. Im Übrigen hat der Bürgermeister mir bislang nicht deutlich machen können, was er inhaltlich wirklich mit der Region verhandeln und was er erreichen möchte. Ich bin beruflich durch meine leitende Funktion im Landesjugendamt und seit 25 Jahren politisch mit diesem Bereich sehr vertraut und ich habe bislang keine inhaltliche Strategie erkennen können. Ich bin überzeugt, dass der Bürgermeister diese auch gar nicht verfolgt, sondern einen politischen Kurs gegen die rot-grün regierte Region fährt. Inakzeptabel ist es zudem, wenn Herr Lahmann, wie in Deisterecho geschehen, uns, der SPD, ein Überdenken unseres Demokratieverständnisses anrät. Das ist arrogant und überheblich und eines Bürgermeisters schlicht unwürdig. Aber etwas Positives können wir aus dieser Aussage doch herauslesen: immerhin haben wir ein Demokratieverständnis.

Kreissiedlung

Im letzten Regionsbrief habe ich Euch die Regiobus vorgestellt. Diesmal will ich Euch die Kreissiedlung KSG näherbringen.

„Die KSG wurde am 30.3.1949 mit dem Ziel gegründet, die Bevölkerung mit soliden und preisgünstigen Wohnungen zu versorgen.“, so steht es auf der Internetseite der KSG und das ist bis heute das Geschäftsprinzip.

Insgesamt verfügt die KSG mit Sitz in Laatzen über 7.700 Mietwohnungen im Regionsgebiet und verwaltet weitere 929 Wohnungen. Den größten Wohnungsbestand gibt es in der Stadt Langenhagen mit 1.985 Wohnungen, danach folgt die Stadt Ronnenberg mit 1.177 Wohnungen. In Barsinghausen verfügt die Kreissiedlung über 300 Wohnungen, z.B. in der Goethestraße, aber auch in Groß Munzel. 46 % aller Wohnungen sind Drei-Zimmer-Wohnungen, 31 % Zwei-Zimmer-Wohnungen.

Im Jahr 2014 lag die Nettomiete der KSG bei 5,38 €. Mit 29 % geht der größte Teil der Mieteinnahmen in die Instandhaltung. 13 % der Einnahmen sind Gewinn, der aber immer wieder in Neubauten investiert wird. Die Kreissiedlung realisiert ständig neue Wohnungsprojekte und kauft auch bestehende Objekte, von denen ein Teil in den Mietwohnungsbestand übergeht. Ein kleinerer Teil, wie in Barsinghausen in der Berliner Straße wird nach dem Bau verkauft und die KSG bewirtschaftet diese Wohnungen dann als Hausverwaltung. Diese Wohnungen sind alle seniorengerecht ausgestattet und verfügen neben Aufzügen auch über entsprechend breite Türen in den Wohnungen.

Dieses Objekt war übrigens nicht ganz einfach zu realisieren. Das ehemalige Raiffeisengelände erwies sich insbesondere wegen des verschmutzten Bodens als sehr kostenintensiv. Das hatte dann auch zur Folge, dass die Gewinnerwartungen zunächst nicht realisierbar erschienen, Inzwischen sind aber alle Wohnungen verkauft.

Auch das Gebäude östlich davon, in dem jetzt die Agentur für Arbeit untergebracht ist, wurde von der Kreissiedlung gebaut. Die KSG verfügt insgesamt neben den Wohnungen auch über 56 Gewerberäume wie diesen. Damit haben die KSG und mithin auch die Region wesentlichen Anteil daran, dass der Bahnhofsbereich in Barsinghausen in den vergangenen Jahren tatsächlich zu einem städtebaulich ansehnlichen Bereich entwickelt werden konnte.

Seit Juni vergangenen Jahres sitze ich für die Regionsfraktion im Aufsichtsrat der KSG.



Die neuen KSG-Häuser in der Berliner Straße: Foto: Hädrich, ©2015

Ich wünsche Euch allen eine schöne, hoffentlich sonnige Sommerzeit, Erholung und viele Mußestunden!